

Rede 8. Mai 2010, 65 Jahre Kriegsende, Tag der Befreiung

Info-Meile des Lüneburger Bündnisses für Demokratie/ Netzwerk gegen Rechtsextremismus

Ansgar Gräntzdörffer, stellvertr. Juso-Vorsitzender im UB Lüneburg

Liebe Lüneburgerinnen, liebe Lüneburger, mein Name ist Ansgar Gräntzdörffer, ich bin stellvertretender Vorsitzender der Jusos Lüneburg. Wir Jusos sind Mitglied des Lüneburger Bündnisses für Demokratie, Netzwerk gegen Rechtsextremismus und am heutigen 65. Jahrestag der Befreiung dabei, um zu zeigen, dass es gerade für junge Menschen wichtig ist, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

1933 gab es eine folgenreiche Abstimmung im Reichstag über das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das sogenannte Ermächtigungsgesetz, wodurch der Regierung Hitler Befugnis zur Gesetzgebung ohne parlamentarische Beteiligung übertragen wurde. Keiner der Abgeordneten enthielt sich der Stimme. Allein 94 von 120 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die, von Hitlers braunen Sturmtruppen umringt, noch an der Sitzung teilnehmen konnten, sagten bei der namentlichen Abstimmung ihr mutiges und unvergessenes NEIN zum Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten.

Der damalige SPD-Vorsitzende Otto Wels in seiner Rede im Reichstag 1933: „Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit die Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. Wir haben gleiches Recht für alle und ein sozialeres Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Barone, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind zu vernichten.“ Otto Wels im Reichstag 1933.

Für diese Werte gilt es gerade in der heutigen Zeit, in der Rechtsextremismus sich mehr und mehr in die Mitte der Gesellschaft drängt, einzustehen.

Die SPD wurde nach Einführung des Ermächtigungsgesetzes verboten und mit dem Ende jeglicher Form legaler Parteiarbeit in Deutschland folgten Jahre der Verfolgung und des Widerstandes im Untergrund und Exil.

Hitler nimmt den Weg in den Krieg, Millionen Ermordeter säumen diesen Weg der bedingungslosen Eroberung und am Ende des Krieges folgt die Zerstörung auch deutscher Städte. Millionen Juden und Gegner des Nazi-Regimes werden umgebracht. Kriegsgefangene und Deportierte leisten Zwangsarbeit in deutschen Fabriken. Minderheiten wie Sinti und Roma werden grausam vernichtet, geistig und körperlich Kranke ermordet. Frauen müssen Bomben bauen, und zuletzt schickt man auch noch Kinder an die Front. Der 8. Mai 1945 ist ein Tag der Befreiung, die Befreiung Deutschlands vom Joch des Führers.

Was lehrt uns die Geschichte? Man muss den Rechten die Stirn bieten, offen protestieren und Widerstand leisten gegen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen Fremdenhass. Steht auf gegen Nazis auf den Straßen, gegen den alltäglichen Rassismus, steht auf gegen Geschäfte die Thor-Steinar-Klamotten verkaufen und protestiert gegen Tattoo-Läden mit Nazis als Besitzern, steht auf gegen Nazis in unserer schönen Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus, protestiert gegen Faschos in den Parlamenten, und widersetzt euch gegen die Ewiggestrigen und Holocaustleugner. Protest und Widerstand! Bunt statt braun heißt unser Motto im täglichen Kampf gegen rechts.

Wir Jusos bekräftigen die Forderung vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach einem raschen NPD-Verbot. Als Partei und als Financier ist sie ein wichtiger Pfeiler in der rechtsextremen Szene und bietet militanten Schlägernazis eine organisatorische Plattform. Doch Verbote im Kampf gegen Rechtsextremismus reichen nicht aus. Wir wollen die Förderung von vor allem unabhängigen antifaschistischen Initiativen und Projekten langfristig sicherstellen und fordern daher eine Stiftung für demokratische Kultur. Weiter bestärken wir unsere Forderung nach einem Beauftragten für Rechtsextremismus hier in der Stadt Lüneburg.

Lasst uns heute, den 8. Mai 2010, ein weiteres, gemeinsames, Ausrufezeichen gegen rechts setzen, hier in dieser schönen Stadt. Lasst uns diesen Tag feiern, denn wer heute nicht feiert der hat verloren.

Danke für eure Aufmerksamkeit.